

# Die Rückkehr zu Jugendpsychiatrie und Erziehungsheim – Ein Rückblick

von Charlotte Köttgen

Die Jugendhilfepolitik der letzten 30 Jahre zeigt eine kurze erfolgreiche Reformphase, die gekennzeichnet war durch fachliche und politische, paradigmatische Strukturvorgaben. Unter Verzicht auf Repression als Erziehungsmittel und unter der Prämisse der Vermeidung von Ausgrenzung, Selektion und Defizitzuschreibung zielten diese paradigmatischen Strukturvorgaben insbesondere ab auf:

- ★ die Normalisierung der Lebensbedingungen aller Kinder und Jugendlichen und auf Hilfen zur Integration in das soziale Umfeld;
- ★ die Entwicklung kooperativer Hilfestrukturen, in die auch die Spezialdienste einbezogen wurden sowie auf die Einbeziehung der Eltern;
- ★ die Entwicklung ambulanter und zugehender Maßnahmen und deren Bevorzugung vor stationären Maßnahmen;
- ★ die gezielte individuelle Förderung der Fähigkeiten jedes Menschen, die Entinstitutionalisierung der Hilfen, Auflösung der Anstalten und Schaffung von Orten für die Bewältigung von Lebenskrisen;
- ★ Resozialisierung und Haftvermeidung durch Diversionsprojekte, eine Schlussfolgerung angesichts der hohen Rückfallquoten in Strafanstalten;
- ★ die gezielte Qualifizierung der Fachleute innerhalb der Jugendhilfe gemäß diesen fachlichen und jugendpolitischen Paradigmen.

Ein wesentlicher Grund für diese Ausrichtung war die Erkenntnis, dass repressive Anstalten, wie Groß-Heime, Gefängnisse, Armen- und Irrenhäuser in ihrer fast 200jährigen unheilvollen Geschichte weder Resozialisierung noch Heilung gelungen ist. Vielmehr wurden hier gerade die Probleme erzeugt, die abzubauen als ihre Aufgabe galten.

Die Erfahrungen haben gelehrt: Ohne Gegensteuerung werden als schwierig wahrgenommene Menschen ausgegrenzt, meistens an Orte ohne Rückkehr in ein normales Leben. Ausgrenzung beginnt in der Entmischung der Wohnviertel, in denen sich schließlich die Verlierer sammeln, in KiTas, in

Schulen, über Angebote der Jugendhilfe. Ausgrenzung setzt sich fort in den Psychiatrien, in abgelegenen Behinderten-, psychiatrischen, Senioren- und anderen Einrichtungen. Am Ende stehen die Strafsysteme. Das zeigt ein Rückblick über 30 Jahre Hamburger Jugend- und Sozialpolitik.

## Regionale Versorgungsstruktur statt geschlossener Heime

Im Jahr 1980 wurden in Hamburg per Senatsbeschluss die geschlossenen Jugendheime aufgelöst. Die Entscheidung gegen die geschlossene Heimunterbringung trug zum Ausbau einer bedarfsgerechten regionalen Versorgungsstruktur bei.

Es kam in dieser Phase des Abbaus geschlossener Heimplätze zu vielfältigen alternativen Hilfeangeboten und es entwickelte sich eine übergreifende Kooperationsstruktur. Gemeinsames Ziel war es, Kinder und Jugendliche möglichst nicht aus dem sozialen Lebensfeld herauszureißen – außer bei Gefahr für ihr Leben. Integration war das Bestreben, und zwar für alle Kinder und Jugendlichen. Notfalls wurden Kinder und Jugendliche – so damals die fachliche Entscheidung – auch zurückgeholt. Es gab im Einzelfall komplizierte fachübergreifende Hilfeplanprozesse, um ggf. ein ungewöhnliches Setting für einen schwierigen Jugendlichen gemeinsam zu entwickeln. (1) Die interessante Erkenntnis: Wenn die Hilfen für Kinder am Lebensort gewährt werden sollen, wenn dies auch fachlicher und politischer Konsens ist, bewegen sich plötzlich alle

Hilfesystem! Nachdem die geschlossenen Heime aufgelöst waren, gab es eine rasante Entwicklung hin zu alternativen Angeboten z.B. Wohngruppen, Lebensgemeinschaften, Zusammenarbeit mit der Jugendpsychiatrie in Krisen, Beratungsstellen u.a.

Diese Veränderungen erstreckten sich auf nahezu alle anderen Bereiche, da Resozialisierung Vorrang vor Abschieben und Strafen hatte. Also wurden Diversionsprojekte als Alternativen zur Haft eingerichtet und auch in den Schulen begann man Integrationskonzepte zu planen und umzusetzen.

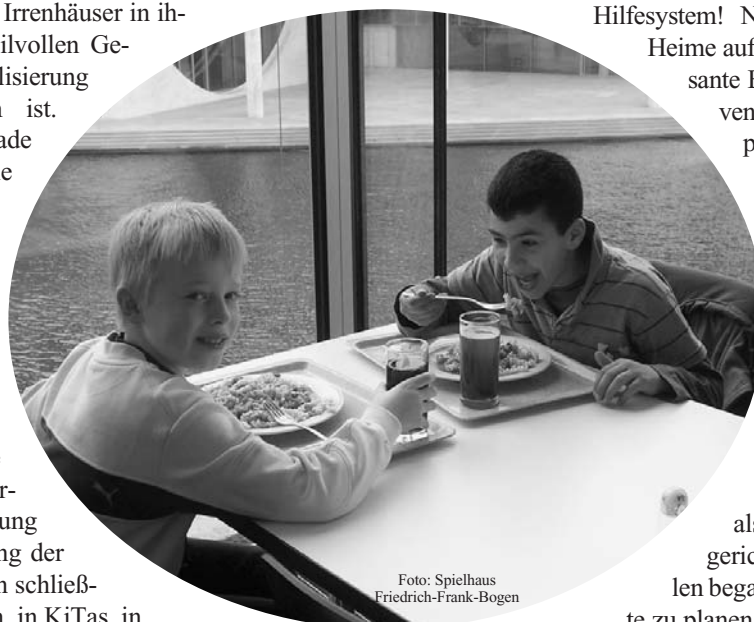


Foto: Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen

Nachweislich kam es in dieser Zeit zur Abnahme an Heimeinweisungen, U-Haft und Verurteilungen im Strafvollzug, wie auch zu deutlich weniger Aufnahmen in die Jugendpsychiatrie. Um beispielhaft einige Zahlen zu nennen:

- ★ Die stationären Unterbringungen in Heimen nahm innerhalb von 10 Jahren um fast 900 Plätze ab: 1979 waren noch 2.545 Kinder und Jugendliche (8,1% aller Kinder- und Jugendlichen) stationär untergebracht, 1988 waren es dann nur noch 1.676 (7,1% aller Kinder und Jugendlichen)
- ★ 1989 erfolgten nur 7% der stationären Unterbringungen nach außerhalb Hamburgs, meist zu Pflegefamilien am Rande der Stadt.
- ★ Die Abnahme der Anzahl Jugendlicher im Strafvollzug pro Jahr zeigt sich an den Belegungszahlen in Hannöfersand: Im Jahr 1979 saßen dort noch 31 Jugendliche ein, im Jahr 1989, also nach der Auflösung der geschlossenen Heime, waren es nur noch 12.

Durch diese Veränderungen der Jugendhilfemaßnahmen wurde auch Geld gespart, das wieder in die Entwicklung und in den Ausbau neuer Maßnahmen reinvestiert werden konnte. Unter anderem wurde auch die Qualifizierung von JugendhilfemitarbeiterInnen ermöglicht.

Insgesamt kann man diese Jugendhilfereformen als erfolgreich bewerten, zumal sich auch die Prophezeiung, die Kriminalitätsraten würden mit der Öffnung der Heime ansteigen, nicht bestätigte. Reinhold Schöne kommt in seiner Untersuchung (1991) u.a. zu folgender Feststellung: „Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie kooperieren auf einem relativ hohen Niveau gegenseitiger Akzeptanz der jeweiligen Fachkompetenzen miteinander, besonders im Vergleich mit anderen Bundesländern. Die jugendpsychiatrischen Kliniken in Hamburg fühlten sich zu jener Zeit nicht als „Ausfallbürger“ für unbewältigte Krisen der Heimerziehung (sie behandelten de facto auch nur 4% Jugendliche, die aus Heimen kamen), die niedrige Bettenzahl sollte nach ihrem Dafürhalten auch nicht erweitert werden. Spezialeinrichtungen wurden von Seiten der Jugendpsychiatrien zu jener Zeit nicht gefordert“. (2)

**Durch schlagzeilenträchtige Skandalisierung wird suggeriert, jeder Bürger müsse sich bedroht fühlen.**



### Rückkehr zu repressiven Trends

Die Phase repressionsfreier Jugendhilfe dauerte gerade einmal zehn Jahre, bevor die paradigmatischen Vorgaben wieder zugunsten einer vermehrten stationären (auch externen) Unterbringung, einer deutlichen Psychiatrisierung und der Suche nach repressiven Erziehungsorten aufgeweicht wurden. Offenbar hatte die Zeit nicht ausgereicht, um die übergreifenden Strukturen für die Realisierung einer regionalen Versorgung und die Integration von Kindern und Jugendlichen auf Dauer zu etablieren. Die Leitsätze wurden erst schleichend, später dann auch offen unterwandert. Die Reformansätze wurden nach jeweils schwierigen – jedoch verallgemeinerten und dramatisierten Einzelfällen – regelmäßig insgesamt und als Ganzes verteufelt und torpediert. Der Jugendhilfe wurde insgesamt Versagen vorgeworfen.

Schlagzeilenträchtige Einzelfälle gab es und gibt es zu jeder Zeit, die Verantwortlichen brauchen Stehvermögen, um

nicht umstandslos Konzepten der Straflust aufzusitzen. Zur Erinnerung: die integrativ wirkenden Fachparadigmen wurden in Medienkampagnen seit 1991 unterlaufen. Wer erinnert sich nicht an die Crash-Kids, die in fern abgelegenen finischen Wäldern umerzogen werden sollten? Sie kamen zurück, ohne dass man ihnen dort ihre besonderen Vorlieben hatte ausreden können.

Trotzdem: Das Exportieren der Problemjugendlichen an auswärtige und möglichst ferne Orte nahm zu. Als Begründung hieß es auf Nachfragen bei den sozialen Diensten „Die Hilfe außerhalb sei für dieses bestimmte Kind besser geeignet“. (3) Dies ist ein verbreitetes, mittlerweile aber widerlegtes Vorurteil. Untersuchungen wie u.a. auch von Winkelmann und Redlich zeigen, dass auswärtige, stationäre Unterbringungen im Schnitt länger dauern (der Mittelwert der Dauer in Tagen liegt bei Hamburger Trägern bei 225, bei auswärtiger Unterbringung bei 311) und nicht erfolgreicher sind. Sie werden z.B. überdurchschnittlich häufiger durch den Hilfeempfänger oder durch die Einrichtung abgebrochen. (4)

### Export von Problemkindern boomt wieder

Was ist mit den Prämissen und Überzeugungen, die vor etwa 30 Jahren zur Reformphase führten, passiert? Was ist aus dem erwünschten Verzicht auf Repression und der erhofften Vermeidung von Ausgrenzung, Selektion und Defizitzuschreibung geworden?

Die Zahlen für stationäre Hilfen und auch für die Unterbringung außerhalb Hamburgs steigen deutlich an:

- ★ Zur Erinnerung: 1979 waren 2.545 Kinder und Jugendliche in stationären Maßnahmen.
- ★ 1989 waren 1.670 Kinder und Jugendliche stationär untergebracht, davon 7% außerhalb Hamburgs.
- ★ 2008 waren 2.500 Kinder und Jugendliche in stationären Maßnahmen, mehr als 50% davon außerhalb Hamburgs. (5)
- ★ Es muss also festgestellt werden, dass die ausgebauten ambulanten und Familienhilfen auswärtige stationäre Unterbringungen nicht verhindern konnten. (6)

Auch die Scheu vor Ausgrenzung in die Psychiatrie ist in Hamburg abgebaut und die Einweisungen sind unaufhaltsam angestiegen. Wer überprüft, was aus „psychiatrisierten“ Jugendlichen nach Entlassung wird? In Zahlen ausgedrückt:

- ★ 1989 gab es 158 Aufnahmen in die Jugendpsychiatrien, ohne dass es in Hamburg überhaupt eine geschlossene Unterbringung gab.
- ★ 2007 gab es fast 600% mehr Aufnahmen in die Jugendpsychiatrien (900), eine unbekannt hohe Zahl davon wurde in die geschlossene Abteilung aufgenommen. (7)

Eine ausgrenzende und abschiebende Jugendhilfepolitik und -praxis hat aber nicht „nur“ Auswirkungen auf die (Über-)Lebenschancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, sondern sie trägt auch zur Schwächung der sozialräumlichen Hilfesysteme vor Ort bei. Wenn Kinder aus dem Blickfeld verschwinden, verkümmert die Fachkompetenz vor Ort, als Gründe sind nur beispielhaft die Folgenden zu nennen:

1. Die Verantwortung für Probleme wird auf Träger andernorts delegiert.
2. Auf die kind-, jugend- und familiengerechte Gestaltung der Region und auf chancenerweiternde Veränderungen im familiären und sozialen Umfeld wird verzichtet (Arbeit mit den Eltern, der Schule, den Kitas, Bereitstellung von Freizeitangeboten, berufsfördernden und beratenden Einrichtungen).
3. Auswärts untergebrachte Jugendliche kehren als Jungerwachsene in ihr unverändertes Milieu zurück, dort haben sie sich entfremdet und sind entwurzelt. Die Hilfen brechen öfter vorzeitig ab. (8) Um zu überleben, bleibt Jugendlichen dann oft nur der „Kiez“, das Drogen- und Prostitutionsmilieu.

4. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden Jugendliche für ihre Heimatstadt zu Problemen und bewegen sich fortan notgedrungen illegal durch den Großstadtdschungel, sind ausgegrenzt und mittendrin, wenn und weil Hilfen vor Ort fehlten. (9)
5. Für Jungerwachsene sind jetzt andere Systeme (z.B. Soziales, Psychiatrie, Strafsysteme) – oder aber niemand mehr zuständig.

Das alles schwächt schließlich die kinder- und jugendarme Gesellschaft, die sich diese Probleme selbst macht.

Mit 50% der nach Auswärts exportierten stationär untergebrachten Jugendlichen in HzE werden rund 40 Millionen Euro jährlich in auswärtige Einrichtungen exportiert. Das Geld und vor allem viel Fachkompetenz gehen vor Ort verloren. Jugendliche werden heimatlos. Psychiatrisierung, Stigmatisierungen und Hospitalisierungen haben seither zugenommen, da es an gezieltem Willen und Steuerung gegen Ausgrenzung und Verschieben zugunsten regionaler Versorgungsstrukturen fehlt.



Foto: Spielhaus  
Lohrbrügger Landstraße

### Wegsperrern, was Angst macht?

Die Angst vor Gewalt, Kriminalität, Jugend und Fremden wird gezielt geschürt. Durch schlagzeilträchtige Skandalisierung wird mit gezielter Desinformation in der Öffentlichkeit suggeriert, jeder Bürger müsse sich bedroht fühlen. Ab dem Jahr 2000 war es

dann auch nur ein kleiner Schritt: Parteien und Personen setzten im Hamburger Wahlkampf aggressiv und populistisch auf Repression. (10) Schließlich gewann 2001 ein rechtskonservatives Bündnis in Hamburg auf diese Weise die Wahlen.

Die Kriminalisierung Jugendlicher gehört zum politischen Kalkül, und zwar 2001 in Hamburg ebenso, wie im Wahlkampf 2008 in Hessen. Allerdings ging die Rechnung 2008 nicht mehr auf, das zeigt u.a. das Beispiel der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße in Hamburg, das 2002 nach 20 Jahren Repressionsfreiheit der Jugendhilfe in Hamburg erstmals wieder als geschlossenes Jugendheim eröffnet wurde – übrigens gegen den ausdrücklichen Rat nahezu aller Fachverbände. Das vollmundige Versprechen, mit dem Einsperren von mindestens 200 Kindern und Jugendlichen die Kriminalität zu senken, ließ sich aber nicht einlösen. Dennoch wurde ideologisch einseitig daran festgehalten. Mit 1,4 Millionen Euro (pro Anno) wurde das teure, knastähnliche, geschlossene Heim zuletzt für gerade einen Jugendlichen aus Hamburg betrieben, andere wurden „importiert“ um die Plätze zu füllen. Und im April

## Hamburg will sich aus der pannenrächtigen Geschichte der Feuerbergsstraße ganz heimlich wieder verabschieden.

2008 bei den Koalitionsverhandlungen in Hamburg wird die Strafrhetorik nicht mehr gebraucht. Hamburg will sich aus der pannenrächtigen Geschichte des geschlossenen Heims in der Feuerbergsstraße ganz heimlich wieder verabschieden. (11) Vorausgegangen sind u.a.: Der Rücktritt des zuständigen Staatsrates, des Justizsenators, das Scheitern der rechtskonservativen Koalition, die Enthüllungen der Rechtsbrüche, gleich mehrer parlamentarische Untersuchungsausschüsse, das bekannt werden immer neuer Skandale wie Ausbrechen, Bandenbildung, Gewalteskalation – beschrieben in unzähligen Presseberichten und Senatsanfragen (12).

### Ein trauriges Resümee

Untersuchungen zeigen die Erfolge der kurzen Heim-Reformphase (1980-1989) und einen Rollback der schon bald nach der Öffnung der Heime, etwa ab 1990, beginnt. Fast unbemerkt konnten schwer erkämpfte Errungenschaften einer vernetzten, regionalen, repressionsfreien Jugendhilfe unterlaufen (13) und durch uneingelöste Versprechen und fachlich unreflektiertes Bedienen von Verbrechensängsten und Strafbefürnissen ersetzt werden. Die damals erkennbar erfolgreichen Paradigmen, die zur Integration beitrugen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen und -chancen, sind vielseitig, verlangen fachlich hohe Qualifikationen, sind alternativlos. Diese Paradigmen sollten aktiviert und unbedingt weiterentwickelt werden. Als sie seinerzeit nach kurzer, erfolgreicher Bewährungszeit schon unterlaufen wurden, standen sie erst am Anfang. Gegen den einsetzenden Trend Probleme zu exportieren und vor allem Strafmaßnahmen zu propagieren, kamen weder Träger, noch Fachinstitutionen, auch nicht die Fachleute in den Behörden an. Stattdessen wird aber an einfachen Lösungen festgehalten, das Muster der Polarisierung und Ausgrenzung durchzieht die Jugend- und Sozialpolitik. Die Zahl der Armen und Ausgegrenzten – vor allem kinderreiche Familien – steigt an. Differenzierte Analysen der Versorgungslage liefert z.B. der Bericht der Enquete-Kommission zur Jugendkriminalität (14), darin ist nach wie vor vieles aktuell. Schwer nachvollziehbar ist, so auch Thiersch, wie sich die öffentliche Diskussion (besonders in Wahlkämpfen) an der geschlossenen Unterbringung (15) und dem gegliederten Schulsystem festbeißt. Denn offene Hilfen zur Erziehung, so bestätigt Thiersch 1998 mit einer Untersuchung, tragen in 70% der Fälle dazu bei, die Probleme zu bessern – und dies um sechs mal mehr, wenn die Qualitätsstandards hoch sind. (16)

Fachleute wissen: „schwierige“, psychisch kranke und kriminelle Kinder und Jugendliche „entstehen“, wenn selektiert und ausgegrenzt wird. Auf dem Verschiebebahnhof der Institutionen gehen soziale Anbindungen und damit vor allem

Perspektiven für junge Menschen verloren. Gelingende Versorgungsstrukturen verlangen nach fachpolitischen kooperativen Konzepten, Stehvermögen der Verantwortlichen und nach einem langen Atem.

### Anmerkungen:

- 1) C. Köttgen/D. Kretzer/S. Richter: Aus dem Rahmen fallen. Psychiatrie - Verlag Bonn, 1990
- 2) R. Schone: Grenzfälle zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie (1989) FHH, Amt für Jugend. FHH, Informationen, Standpunkte, Empfehlungen Band 10 1991
- 3) M. Lindenbergh: Bezirksweise Entwicklung der Hilfen zur Erziehung 1996. Hamburg: Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Juni 1997
- 4) H. Winkelmann/A. Redlich: Hilfen zur Erziehung gemäß § 34 KJHG bei Hamburgern und auswärtigen Trägern. Untersuchung der Jahrgänge 2000 und 2001 im Auftrag des Landesjugendamtes Hamburg, 2001, Manuskript.
- 5) Drs. HzE
- 6) R. Schone 1991 ebda
- 7) Drs. Psychiatrie
- 8) H. Winkelmann/A. Redlich 2001 ebda.
- 9) C. Köttgen: Ausgegrenzt und mittendrin. IGFH Eigenverlag, Ffm 2008 im Druck
- 10) B. Villmow/F. J. Robertz: Untersuchungshaftvermeidung bei Jugendlichen. HH Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik. Bd. 33, 2004
- 11) www. Aktionsbuendnis gegen geschlossene Unterbringung.de
- 12) C. Köttgen: Wegsperren hilft nicht. In: A. Trojan/A.Döhner, A (HG) Gesellschaft, Gesundheit, Medizin. Mabuseverlag Frankfurt a. M. 2002
- 13) Polizeistatistik Oktober 2007, in Hamburg und Drucksache 16/4000 der FHH: Jugendkriminalität und ihre gesellschaftlichen Ursachen. Bericht der Enquete-Kommission, Mai 2000.
- 14) H. Thiersch: Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Dez. 1999. Vortrag Tagung Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien in Bonn. BMFSFJ (1998): Leistungen und Grenzen der Heimerziehung. Kohlhammer 1998. Projektleiter Hans Thiersch; Band 170.
- 15) BMFSFJ 1998: ebda und H. Thiersch 1999 ebda
- 16) Frankfurter Rundschau, S. 1 vom 18.04.2008 Abschlußbericht der Experten für die Innenministerkonferenz in Bad Saarow

### Charlotte Köttgen



ist Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie und Vorsitzende des Fachausschusses „Kinder und Jugendliche“ in der deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) in Köln. Sie war langjährig u.a. im Jugendpsychologischen und Psychiatrischen Dienst (Landesjugendamt) tätig und ist seit 2003 im Ruhestand.